



Bundesverband e.V.

Wahlprüfsteine der Arbeiterwohlfahrt (AWO) für die Europawahl 2019

Impressum

AWO Bundesverband e. V.
Blücherstr. 62/63
10961 Berlin
Telefon: (+49) 30 – 263 09 – 0
Telefax: (+49) 30 – 263 09 – 325 99
E-Mail: info@awo.org
Internet: awo.org

Verantwortlich: Wolfgang Stadler, Vorstandsvorsitzender
Ansprechpartner*in: Marius Isenberg
E-Mail: marius.isenberg@awo.org

Layout: textsalz – Linda Kutzki

Das Papier ist nach Vorarbeit in der Geschäftsstelle des AWO Bundesverbands vom Präsidium am 23.11.2018 verabschiedet worden

© AWO Bundesverband e. V., Berlin. Das Copyright für Texte und Bilder liegt, soweit nicht anders vermerkt beim AWO Bundesverband e.V.

Abdruck, auch in Auszügen, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers.

Alle Rechte vorbehalten

Dezember 2018

Inhalt

Vorwort	5
Unsere Fragen an die Parteien	6
Für eine demokratische EU und eine starke Zivilgesellschaft	6
Ein soziales und solidarisches Europa fördern	6
Daseinsvorsorge und soziale Dienstleistungen stärken	6
Den Ausgleich zwischen den Regionen fördern	7
Die Europäische Flüchtlingspolitik neu gestalten	7
Ein Europa der Chancengleichheit und der Gleichberechtigung	7
Chancen und Perspektiven fördern durch internationale Mobilität in den Bereichen Arbeit, Bildung und Engagement	8
Digitalisierung sozial gestalten	8
Europäischen Klimaschutz fördern	9
Offene Methode der Koordinierung weiterentwickeln	9
Schlussbemerkungen	9



Vorwort

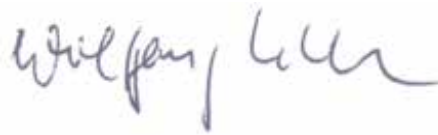
Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) gehört zu den sechs Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland. Ihre Arbeit fußt auf ihren unverrückbaren Grundwerten der Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Für diese Werte treten wir auch auf europäischer Ebene ein. In den Blick nehmen wir dabei jene Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen zu den sozial benachteiligten Menschen in unserer Gesellschaft gehören.

Am 26. Mai 2019 wählen die Bürgerinnen und Bürger der europäischen Mitgliedsstaaten ihr Europäisches Parlament. Die Wahlen stehen im Zeichen großer Veränderungen und Herausforderungen innerhalb der EU. So könnte ein Brexit ein Präzedenzfall in der Geschichte Europas werden, dessen Auswirkungen nur schwer vorherzusagen sind. Zeitgleich stellen populistische und nationale Strömungen das Friedensprojekt Europa und dessen Errungenschaften in Frage. Auch sind die ökonomischen und sozialen Unterschiede nach wie vor groß. Der daraus resultierende Legitimationsverlust Europas schafft weiteren Nährboden für rechtspopulistische Bewegungen.

Damit Europa an Akzeptanz und Legitimation gewinnt, müssen sich alle Initiativen, Gesetzgebungen und Strategien der EU am Ziel eines sozialen

Europas orientieren. Es ist die einzige direkt gewählte Vertretung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Das Europäische Parlament hat in der Legislaturperiode von 2014 bis 2019 viel zu sozialen Verbesserungen in Europa beigetragen, z. B. durch die Proklamation der Europäischen Säule Sozialer Rechte im Jahr 2017 oder die Revision der Entsenderichtlinie. Damit das Europäische Parlament seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen und intensivieren kann, braucht es Unterstützung aus der Zivilgesellschaft und eine starke gemeinnützige Sozialwirtschaft. Die AWO begleitet die anstehenden Europawahlen und setzt ein aktives Zeichen für Demokratie und ein soziales Europa (#EuropeanHeart).

Zu den Europawahlen 2019 hat die AWO das europapolitische Forderungspapier „Gemeinsam für ein soziales und solidarisches Europa“ verabschiedet und ihre zentralen Forderungen in den nachfolgenden 39 Fragen an die Parteien zusammengefasst.



Wolfgang Stadler
Vorstandsvorsitzender des AWO Bundesverbands

Unsere Fragen an die Parteien

Für eine demokratische EU und eine starke Zivilgesellschaft

Die EU leidet unter einem Legitimationsdefizit. Neben antieuropäischer Stimmungsmache durch Populist*innen und EU-Skeptiker*innen, tragen die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb der Mitgliedstaaten und zwischen den Regionen zum Legitimationsverlust bei und schaffen den Nährboden für rechtspopulistische Bewegungen in der EU. Gleichzeitig wird in einigen Ländern die Zivilgesellschaft aktiv angegriffen, um deren kritische Stimmen zu schwächen.

FRAGEN

- | Wie kann das steigende Legitimationsdefizit der EU aus ihrer Sicht behoben werden? Mit welchen Kompetenzen muss das Europäische Parlament ausgestattet werden, um die EU demokratischer zu machen?
- | Was muss aus ihrer Sicht unternommen werden, um eine Stärkung der Zivilgesellschaft zu erreichen und diese vor staatlichen Übergriffen zu schützen?
- | Auf welchen politischen und institutionellen Ebenen muss die Zivilgesellschaft mit eingebunden werden, damit eine echte Mitgestaltung gewährleistet werden kann?
- | Wie müssen soziale Mindeststandards ausgestaltet sein, damit sie in den Staaten mit einem höheren Sicherungsniveau nicht die bestehenden Standards verschlechtern?
- | Wie stehen Sie zu einer Fortführung der Europa-2020-Strategie?
- | Welche Rolle spielt Ihrer Ansicht nach die Strukturförderung bei der Gestaltung eines sozialen Europas in der Zukunft?
- | Stellt das „Europäische Semester“ ein geeignetes Werkzeug dar, um die sozialpolitischen Zielsetzungen der Europäischen Säule Sozialer Rechte anhand des Social Scoreboard zu überwachen?
- | Wie stehen Sie zu der Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung?
- | Unterstützen Sie das Konzept einer europäischen Kindergrundsicherung? Welche anderen Mittel zur Bekämpfung von Kinderarmut sind für Ihre Fraktion vorstellbar?
- | Unterstützen Sie die Umsetzung der bereits geplanten Finanztransaktionssteuer?
- | Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer für die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und Armut sowie für den Schutz von Klima und Umwelt eingesetzt werden?

Ein soziales und solidarisches Europa fördern

Ohne die Gestaltung eines sozialen Europas wird die europäische Idee scheitern. Für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung und den Zusammenhalt der Mitgliedstaaten sind weniger Armut und mehr soziale Gerechtigkeit notwendig. Die AWO setzt sich für ein soziales Europa ein, das dem Europäischen Binnenmarkt als Korrektiv entgegengestellt wird.

FRAGEN

- | Welche Mittel halten Sie für geeignet, um mehr sozialpolitische Konvergenz in Europa herzustellen?
- | Inwiefern sehen Sie die Europäische Säule Sozialer Rechte als Instrument zur Stärkung der sozialen Dimension? Wie stehen Sie zu sozialen Mindeststandards?

Daseinsvorsorge und soziale Dienstleistungen stärken

Soziale Dienstleistungen spielen europaweit eine bedeutende Rolle. Sie erhöhen die Lebensqualität, ermöglichen soziale Mobilität und tragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Beschäftigungspolitisch hat der Sozialsektor das Potenzial, Arbeitsplätze sowie ein nachhaltiges, inklusives und weitgehend konjunkturunabhängiges Wachstum zu schaffen. Zudem können Mitgliedsstaaten mit tragfähigen Strukturen der sozialen Dienste Krisen besser bewältigen als andere.

FRAGEN

- | Ist Ihre Fraktion für die Erhaltung des Schutzes der gemeinwohlorientierten Erbringung sozialer Dienstleistungen im Steuersystem und in

der Handelspolitik und dafür dass im Beihilferecht Ausnahmen der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse geschaffen werden?

- | Sind Sie für eine Marktöffnung z. B. im Rahmen von EU-Freihandelsabkommen bei Gesundheits- und Sozialdienstleistungen?
- | Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass das in Deutschland etablierte und gut funktionierende Sozialrechtliche Dreiecksverhältnis beibehalten und geschützt wird?

Den Ausgleich zwischen den Regionen fördern

Die Europäische Integration scheitert, wenn es nicht gelingt, eine soziale Aufwärtskonvergenz in den strukturschwächeren und ärmeren Staaten und Regionen zu initiieren. Die Kohäsionspolitik leistet einen wichtigen Beitrag, Europa zu den Bürger*innen zu bringen und trägt zu einer europaweiten Konvergenz nach oben bei. Vor diesem Hintergrund fordert die AWO die Parteien dazu auf, sich für einen solidarischen, kontinuierlichen, strukturellen sowie finanziellen Ausgleich zwischen stark und schwach entwickelten Regionen einzusetzen.

FRAGEN

- | Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die EU-Kohäsionspolitik, insbesondere der künftige Europäische Sozialfonds (ESF+) auch weiterhin mit den finanziellen Mitteln ausgestattet sein wird, wie es derzeit der Fall ist?
- | Setzt sich Ihre Fraktion für eine inklusive Gestaltung der EU-Förderprogramme ein, die benachteiligte Gruppen mehr in den Fokus rückt?
- | Sind Sie für eine Vereinfachung der Abwicklung von Förderprogrammen insbesondere beim Abrufen der Mittel?
- | Ist Ihre Fraktion dafür, die Europäische Säule Sozialer Rechte auch in der Gestaltung der Förderprogramme zu berücksichtigen?

Die Europäische Flüchtlingspolitik neu gestalten

Die Interessen und Bedürfnisse der Geflüchteten und die Situation in den EU-Aufnahmeländern müssen stärkere Berücksichtigung finden. Die geltenden völkerrechtlichen, menschenrechtlichen und europarechtlichen Standards müssen erhalten bleiben. Dies gilt auch für die Rettung auf hoher See. Die AWO fordert von den Parteien, darauf hin zu wirken, dass die Mitgliedsstaaten ein solidarisches und nachhaltiges gemeinsames Europäisches Asylsystem installieren, welches dann von allen Mitgliedsstaaten konsequent, aber im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten umgesetzt wird.

FRAGEN

- | Sind Sie dafür, dass im Rahmen der Europäischen Förderprogramme und vor allem im Rahmen des neuen Asyl- und Migrationsfonds (AMF) verstärkt Integrationsmaßnahmen gefördert werden?
- | Sind Sie dafür, dass die EU nur dann Drittstaaten Regelungen treffen darf, wenn in dem jeweiligen Drittstaat die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) ratifiziert wurde und alle Teile des Staates als sicher gelten?
- | Sind Sie für die Schaffung eines europäischen Resettlement Rahmens?
- | Setzt sich Ihre Fraktion für das Recht auf Familienzusammenführung im Rahmen des Dublin Verfahrens ein?
- | Hat Ihre Fraktion eine Positionierung zur Schutzgewährung von Klimaflüchtlings?

Ein Europa der Chancengleichheit und der Gleichberechtigung

In der EU leben 80 Millionen Menschen mit einer Behinderung. Diese Zielgruppe wird durch zahlreiche Barrieren an der vollen, gleichberechtigten und wirksamen Teilhabe an der Gesellschaft gehindert. Durch die Ratifikation der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) hat sich die Europäische Union dem Ziel der gleichberechtigten, selbstbestimmten und wirksamen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verpflichtet. Die AWO setzt sich für eine volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinde-

zung ein. Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe ist eine umfassend barriere- und diskriminierungsfreie, zugängliche Umwelt. Durch diese erhalten Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit, ihre bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte wirksam und gleichberechtigt wahrzunehmen.

FRAGEN

- | Sind Sie für die EU-weite Einführung eines Diskriminierungsschutzes von Menschen mit Behinderungen für sämtliche Lebensbereiche?
- | Wie steht Ihre Fraktion zur Anwendung von Disability Mainstreaming aller Gesetze, Programme, Richtlinien und Verordnungen?
- | Setzt sich Ihre Fraktion dafür ein, dass finanzielle Rahmenbedingungen geschaffen werden, die gezielte Investitionen in Barrierefreiheit, Bewusstseinsbildung und Anti-Diskriminierung ermöglichen?

Chancen und Perspektiven fördern durch internationale Mobilität in den Bereichen Arbeit, Bildung und Engagement

Mit der Einführung des Europäischen Binnenmarktes haben sich die Mitgliedstaaten zur Personenfreizügigkeit verpflichtet. Durch die Überarbeitung der Entsenderichtlinie nach dem Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ und der Koordinierung der Systeme sozialer Sicherheit wird der Sozialschutz bei grenzüberschreitender Mobilität von Arbeitnehmer*innen verbessert. Ein europäischer Arbeitsmarkt bedarf auch eines europäischen Bildungsraumes. Erfolgreiche Programme wie Erasmus+ fördern die berufliche Bildung und darüber hinaus auch die politische und interkulturelle Bildung sowie bürgerschaftliches Engagement. Die AWO ist davon überzeugt, dass durch europäische Freiwilligendienste und Mobilitätsprojekte gesellschaftliche Partizipation und das Bewusstsein für eine europäische Identität und Kultur gestärkt werden.

FRAGEN

- | Setzen Sie sich für die weitere Umsetzung der Jugendgarantie ein, um langfristig allen Jugendlichen die gleichen Chancen auf Bildung und Beschäftigung zu garantieren?
- | Sind Sie für eine legislative Festschreibung des Schutzes der Arbeitnehmer*innen in Bezug auf die in der Europäischen Säule Sozialer Rechte festgeschriebenen Rechte?
- | Sind Sie in dem Programm Europäisches Solidaritätskorps für eine Abgrenzung des Freiwilligendienstes als Sozialisationsinstanz von Maßnahmen der Arbeits- bzw. Beschäftigungsförderung?
- | Ist Ihre Fraktion bei der Schaffung eines Europäischen Bildungsraumes bis 2025 auch für die Berücksichtigung des Bereichs der non-formalen Bildung?

Digitalisierung sozial gestalten

Die Digitalisierung geht mit sozialen, ökonomischen, und gesellschaftlichen Veränderungen einher. Gleichzeitig bietet sie große Chancen für die Sozialwirtschaft. Die Gestaltung der Digitalisierung darf dabei nicht allein den Binnenmarkt- und Wettbewerbszwecken dienen, sondern muss nachhaltig und zum Wohl der Menschen gestaltet werden.

FRAGEN

- | Sind Sie für die Schaffung europaweiter verbindlicher Mindestregelungen für den Zugang zum Sozialschutz für (Solo-)Selbstständige und atypisch Beschäftigte?
- | Sind Sie für die Schaffung rechtlicher Regelungen speziell zum Schutz von Arbeitnehmer*innen und Konsument*innen im Digitalen Raum?
- | Welche Schwerpunkte sind Ihnen bzw. Ihrer Fraktion im Zusammenhang mit Digitalisierung besonders wichtig?

Schlussbemerkungen

Europäischen Klimaschutz fördern

Die Folgen des Klimawandels sind global. Bis 2050 werden bis zu 140 Millionen Menschen aufgrund der Folgen des Klimawandels, innerhalb ihres Heimatlandes umsiedeln oder ihre Heimat verlassen müssen. Auch aus diesem Grund sind internationale Lösungen notwendig, um den Klimawandel zu bekämpfen. Das setzt eine intensivere und funktionierende Zusammenarbeit auf europäischer Ebene voraus.

FRAGEN

- | Sind Sie für die Umsetzung des am 5. Oktober 2016 von der EU ratifizierten Pariser Klimaabkommens, um die Erderwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen?
- | Sind Sie dafür, die Klimaziele der Vereinten Nationen, welche in den Sustainable Development Goals (SDGs) enthalten sind, auf europäischer Ebene konsequent umzusetzen?

Offene Methode der Koordinierung weiterentwickeln

Die im Rahmen der Verträge von Lissabon geregelten Regulierungskompetenzen der EU sind im Bereich der Sozialpolitik begrenzt. In den Bereichen, in denen sie keine Kompetenzen besitzt, kann sie über die Offene Methode der Koordinierung Reformvorschläge einbringen und länderübergreifende Lernprozesse initiieren. Vor allem in den Bereichen der Alterssicherung, Bildungspolitik, Pflegepolitik und Gesundheitsreformen ist eine europaweite Koordinierung sinnvoll. Die AWO fordert die Parteien und künftigen Mitglieder des EU-Parlaments dazu auf, diese Kompetenzen im Sinne der Menschen und ihrer Bedürfnisse zur Durchsetzung eines sozialen Europas, umfangreicher zu nutzen und weiterzuentwickeln.

FRAGEN

- | Wie beurteilen Sie die Offene Methode der Koordinierung als sozialpolitisches Instrument der EU?
- | Sind Sie dafür, dass im Bereich der Pflegepolitik europaweit einheitliche Standards für das Berufsbild Altenpflege entwickelt werden?

Das Forderungspapier der AWO zu den Europawahlen 2019 und die vorliegenden Wahlprüfsteine finden Sie auch im Internet unter <http://www.awo.org/Europawahlen2019>. Die AWO wird diese Wahlprüfsteine an die im aktuellen Bundestag vertretenen Parteien schicken und um Beantwortung der Fragen bitten. Die Antworten der Parteien werden dann in einer Synopse zusammengetragen und für die AWO-Mitglieder und Interessierte veröffentlicht, damit sie sich ein Bild darüber machen können, welche Partei ihre sozialen Interessen am besten unterstützt.

